

15.6.1975

Montag, 23. 6. 1975

Grosse Informationskampagne in Vorbereitung

Die Regierung von Washington unternimmt grosse Anstrengungen, um zu verhindern, dass Ägypten die neuen israelischen Vorschläge rundweg ablehnt. Gerichte waren im Umlauf, dass die Amerikaner den israelischen Vorschlägen gewisse Bemerkungen beifügen, jedoch gibt es für diese Meldung keine Bestätigung.

Die Jerusalemer Regierung sieht der Reaktion Ägyptens mit grosser Spannung entgegen. Bis zum Ende der Woche muss die Antwort der Regierung von Kairo vorliegen und dann würden Verhandlungen beginnen, die den ganzen Juli über andauern werden.

In Jerusalem werden zugleich grosse Vorbereitungen für einen Informationsfeldzug für den Fall getroffen, dass die jetzigen Verhandlungen scheitern sollten, Israel will dann darauf hinweisen, dass die Ägypter durch eine extremistische Haltung und durch das Stellen ultimativer Bedingungen die Vermittlungsbemühungen vereiteln. Jerusalemer Kreise erinnern daran, dass die Ägypter es abgelehnt hatten, während der letzten Tage der Kissinger Mission israelische Vorschläge auch nur auszuhören, die etwa den Plänen entsprechen, die jetzt Kairo zur Stellungnahme übergeben wurden.

»Sturm« um geplanten Flugzeugexport

Der Beschluss der Regierung, hauptsächlich der Luftfahrtindustrie den Export von Kfz-Flugzeugen zu genehmigen, hat in Frankreich einen unerwarteten Sturm hervorgerufen. Die Direktion der Mirage-Werke mit Marcel Dassault an der Spitze soll darin einen »Dolchstoß in den Rücken« und einen »unehrenhaften Schlag« von Seiten Israels erblicken. Angeblich soll Dassault die Absicht haben, alle Verbindungen zur israelischen Luftfahrtindustrie abzubrechen.

Die Dassault-Direktion ist sehr niedergeschlagen, weil im Konkurrenzkampf um die Flugzeuglieferungen für Nordamerika sich die Amerikaner mit ihrer Maschine R-16 durchsetzen. Nun kommt Israel noch dazwischen, während Dassault und seine Leute anscheinend geglaubt hatten, dass sie nach dem Misserfolg in dem europäischen Geschäft wieder die Lieferungen in Israel aufnehmen könnten.

Kreise der Dassault-Werke meinen, das Vorgehen Israels richtet sich auch gegen die Amerikaner. Sowohl die USA, die Platz eine bei den Exporten inne haben und die Franzosen, die die israelische Konkurrenz ihre Stellung als gefährdet an, da das israelische Flugzeug mit vier Mio. Dollar weit billiger ist.

Dabei handelt es sich nach Meinung von Experten um einen »Sturm im Wasserglas«. Die Regierung hat vorläufig der Luftfahrtindustrie nur eine prinzipielle Genehmigung gegeben, und die Frage der Ausfuhr ist praktisch noch nicht spruchreif.

Nach vorliegenden ausländischen Informationen ist die Luftfahrtindustrie in Israel, vier Kfz-Flugzeuge im Monat zu produzieren und hat einen Auftrag von 200 Maschinen für die israelische Luftmacht zu bewilligen.

Während Marcel Dassault über das Vorgehen Israels anscheinend erheitert ist, traf sein Sohn Serge mit einer grossen Delegation von Aktivisten der »Bonds-Aktion« in Eilat ein, wo eine einwöchige Tagung der Entwicklungsanstalt (Bonds) stattfindet. Von Eilat aus unternehmen die Teilnehmer der Konferenz Reisen durchs Land und werden von Oran im Negew aus im ersten Personenzug auf dieser Strecke per Eisenbahn nach Jerusalem fahren, wo sie mit führenden Persönlichkeiten zusammenzutreffen werden.

ISRAEL NACHRICHTEN

Dienstag, 24. Juni 1975 • PREIS: IL 1.40

ISRAELISCHE VORSCHLÄGE STOSSEN BEREITS AUF HEFTIGE KRITIK IN AEGYPTEN

Kairo (UPI) — Ägyptische Regierungsstellen bezeichneten bereits den israelischen Vorschlag als unannehmbar, dass Ägypten einen Verbindungskorridor zwischen den Oelfeldern von Abu Rodes und der ägyptischen Frontlinie auf der Sinai-Halbinsel bekommen solle. Die Ägypter erklärten, dass ihre Verbindung mit Abu Rodes dann von der »Garde der israelischen Truppen« abhängen würde. Sie verlangen stattdessen totalen Rückzug Israels an der gesamten Front vom Mittelmeer bis zu einem Punkt südlich von Abu Rodes. Israel müsste den Ägyptern die Pässe auf der Halbinsel und die Oelfelder übergeben, und diese wichtigen Punkte müssten ohne jede Einschränkung in ägyptischen Besitz übergehen.

Während Meldungen dieser Art aus ägyptischen Regierungskreisen verbreitet wurden, traf der amerikanische Botschafter, Herman Eilis (der in Begleitung des ägyptischen Aussenministers Fahmy aus Kairo gekommen war) in Alexandrien mit Präsident Sadat zusammen.

In der Besprechung berichtete Eilis Sadat ausführlich über die Unterredungen, die Präsident Ford und Dr. Kissinger mit Ministerpräsident Rabin gehabt hatten. Er legte die israelischen Vorschläge vor, die die Basis für ein neues Teillabkommen bilden sollen.

Vermutlich soll Eilis dem Präsidenten Sadat auch Andeutungen über die künftige amerikanische Nahostpolitik gemacht haben, die im Anschluss an das Scheitern der Verhandlungen im März verkündet werden soll.

Offiziell wurde weder über den Inhalt der israelischen Vorschläge noch über die Meinungen der USA etwas verlautbart, aber alle informierten Quellen waren sich darüber einig, dass es um die Erzielung eines neuen »Entflechtungsabkommens« gehe, das die Ruhe für längere Zeit im Nahen Osten sichern und die Atmosphäre bessern solle.

Ägyptische Zeitungen benutzten erneut einen drohenden Ton und forderten von den USA scharfen Druck auf Israel, da »nur auf diese Weise eine neue Zuspitzung im Nahen Osten vermieden werden kann«.

Präsident Sadat soll den Stab seiner Sicherheitsbeamten verstärkt haben, nachdem Gerüchte im Umlauf waren, dass Präsident Gaddafi den Terroristen eine hohe Belohnung für die Ermordung Sadats angeboten haben soll. Inzwischen haben die Organisationen der Terroristen alle Meldungen dieser Art entschieden demontiert.

»Verhaltenskartothek« für Steuerzahler

Alle Erwerbstätigen müssen Jahreserklärungen abgeben

Jerusalem (RM) — Im Rahmen der Steuerreform wird die Einkommensteuerbehörde für Steuerzahler, die zur Erklärung verpflichtet sind, eine »Verhaltens-Kartothek« anlegen. Auf dieser Kartothek soll vermerkt werden, ob sie wahrheitsgemässe Angaben zu machen pflegen, ob sie ihre Steuererklärung zeitgerecht abliefern und ihre Steuerschulden fristgemäß begleichen.

Nach den »Noten« der Kartothek werden die Schätzungsbeamten ihre Haltung gegenüber dem Steuerzahler bestimmen. Diese Einzelheiten berichtete Finanzminister Jehoschua Rabinowitz in der Knesset, im Rahmen der Debatte über das Budget seines Ministeriums.

Zur Einreichung der jährlichen Steuererklärung verpflichtet werden alle Erwerbstätigen sein, die keine Lohnempfänger sind, sowie auch solche, die Gehaltsempfänger sind, aber auch Nebeneinkünfte haben. Die Steuerbehörden werden dem Steuerpflichtigen gegenüber grösseres Vertrauen als bisher entgegenbringen, aber andererseits Steuerhinterziehungen bedeutend schärfer ahnden.

Das Budget des Finanzministeriums für das gegenwärtige Rechnungsjahr beläuft sich auf nahezu IL 400 Mio. Dies entspricht zwar einem nahezu 70 prozentigen Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr, doch wenn man die Inflation abrechnet, ist die Steigerung auf nur fünf Prozent netto begrenzt.

Im Laufe der Debatte, die sich den Erklärungen des Finanzministers anschloss, nahmen einige Teilnehmer die Gelegenheit wahr, um auch ihre Meinungen über die schlechende Abwertung und die Kürzung des Staatshaushalts zum Ausdruck zu bringen. Namens der RNP sagte beispielsweise Abraham Melamed, das Prinzip der schlechenden Abwertung sei richtig, aber ihre Grundlage müsse als defektiv gewertet werden.

Zur Kürzung des Staatshaushalts sagte der Vorsitzende des Finanzausschusses der Knesset, Israel Kargman, diese sei unzureichend. Es wäre besser gewesen, IL eine Milliarde vom Staatshaushalt zu kürzen. Auch MdK Mosche Arens vom Likud und MdK Jizhak Golan von den UL meinten, IL 550 Mio. von einem solchen Mammutbudget zu kürzen, sei lächerlich und sei wie ein Tropfen im Meer.

Warnungsbrief Breschnews an den Praesidenten Syriens

Damaskus (R, UPI) — Der sowjetische Parteiführer Breschnew, richtete an den syrischen Präsidenten Assad ein Schreiben, in dem er ihm vor einseitigen Nachgeben gegenüber den Forderungen Ägyptens warnte. Der Brief wurde ihm von Boris Ponomarew übergeben, der an der Spitze einer kommunistischen Delegation nach Syrien gekommen war. Ponomarew ist der Leiter der Gesellschaft, die die Freundschaft mit »linken Parteien« im Ausland aufrechtzuerhalten hatte.

Die sowjetischen Besucher trafen auch mit Arafat und führenden Vertretern der PLO zwecks Erörterung weiterer Kooperation zusammen.

Arafat war sehr bewegt und sprach später in Beirut mit dem libanesischen Präsidenten Frangieh — zum ersten Male seit den Zusammenstössen der Christen und den radikalen Palästinensern im Libanon.

Ring um das Verteidigungsbudget geht weiter

Jerusalem (RM) — Die Koalition setzte sich gestern hinter den Kullissen in der Knesset mit der Frage auseinander, ob auf der für heute anberaumten Sitzung des Finanzausschusses der Knesset und des Knessetausschusses für Auswärtiges und Sicherheit, eine Revision des vorwöchigen Beschlusses auf Erhöhung des Sicherheitsbudgets um IL 500 Millionen angestrebt werden soll oder nicht.

Vorher beschloss die Koalition, unter Vorsitz von MdK Mosche Wertman (Maarach), die Revision zu fordern. Gespalten war die Melange der Koalitionspartner der RNP, von denen sich zwei — Sewollon Hammer und Dr. Jehuda Ben Meir — der Revision heftig widersetzen. Auch die Vertreter der Thoretfront in den beiden Ausschüssen sind geneigt, zusammen mit dem oppositionellen Likud zu stimmen. Berechnungen gemäss, kann die Koalition bestenfalls 23 Stimmen gegen 20 Stimmen der Opposition und der beiden RNP-Rebellen mobilisieren. MdK Mordechai Ben Poraz (Maarach, Rafi), der eine weitere Stimme

DIE LETZTEN 24 STUNDEN

★ Der Präsident von Uganda, Idi Amin, hat die Frist für einen Besuch des britischen Aussenministers Callaghan, zwecks Rettung des britischen Lehrers Dennis Hills, um elf Tage verlängert. Dagegen hat er noch nicht einer sofortigen Amnestierung von Hills zugestimmt.

★ Richard Nixon wurde auf seinen Wunsch aus der Liste der in den USA zugelassenen Anwälte gestrichen. Er beschäftigt sich in seinem Haus in San Clemente in Kalifornien mit dem Schreiben eines Memoiren-Buches. Freunde hatten ihm geraten nach New York zurückzukehren und wieder politisch aktiv zu werden.

Amin behauptete gestern, England wolle den Schriftsteller Hill mittels Truppen mit Gewalt befreien. London bezeichnete die Erklärungen von Amin als lächerlich.

★ Der Präsident des Irak, Hassan Eibakr, traf sich in Bagdad mit dem Präsidenten von Zypern, Erzbischof Makarios, der eine Reihe von arabischen Staaten besucht hat.

★ Das Oberste Gericht Indiens wird am 14. Juli die Revision der Ministerpräsidentin Indira Gandhi wegen Verurteilung wegen Wahlfälschung eingeleitet.

★ Der König von Belgien und die Königin, sind zu einem Staatsbesuch in Moskau eingetroffen.

★ Opfer eines Arbeitsunfalles wurde der 30-jährige Fernand Bramil, der von einem Baugerüst in Aschkelon aus 20 Meter Höhe herunterfiel. Er wurde auf der Stelle getötet.

★ Über 30 Chöre, unter ihnen 13 aus dem Ausland, werden am nächsten internationalen Chorfest, »Sinria« teilnehmen. Das Anfang Juli im Lande stattfindende wird, wie auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv bekanntgegeben wurde, werden bei der Sinria nicht weniger als 2.000 Sängern mitwirken.

DAS WETTER

Wegen der Sanktionen der Mitarbeiter des Meteorologischen Institutes können wir auch für morgen keine Temperaturvorhersage bringen. Wir können nur versichern: es bestehen wenig Chancen für Regen!

EIERÜBERSCHUSSE SOLLEN GRATIS ABGEGEBEN WERDEN

Der Knessetabgeordnete, Abraham Schechterman, erklärte, der Vizepräsident des Landwirtschaftsministeriums, Eytan Jisraeli, habe ihm versprochen, dass die angesammelten Eierüberschüsse an Bedürftige gratis abgegeben werden sollen.

3.000 WENIGER TOURISTEN AUS DEN USA

In diesem Sommer kommen 3.000 weniger Touristen als im Sommer 1974 aus den USA. Dies berichtete der Vertreter von Eilat in den USA, Amos Lufi, auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv.

HEUTE STREIK DER KAUFLEUTE

Auf Veranlassung des Kaufmannsverbandes sind heute die Einzelhandelsgeschäfte aus Protest gegen die geplante Mehrwertsteuer geschlossen.

Unser geliebter
OSKAR JEHOCHAN TEICH
(früher Graz)

ist nicht mehr.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 24.6.1975, um 14.30 Uhr von der südlichen Beerdigungshalle, Tel-Aviv, Daphna-Strasse 5, aus, nach dem Friedhof in Kirjat Schani statt.

In grossen Schmerz
DIE TRAUERENDE FAMILIE
Tel Ganim, Gideon Str. 18

חלוצי-יפו
TEL-AVIV - JAFFO
פ.פ. - שולם
139

Landesbewohner — (Jahres) und über 65 (Jahre) Jahre alt

Die Regierung hat beschlossen, dass die Altersgrenze für die Gewährung von Sozialleistungen von 65 auf 60 Jahre gesenkt wird. Es handelt sich um die Altersgrenze für die Gewährung von Sozialleistungen, die den Rentnern für den Lebensabend zufließen. Die Regierung hat beschlossen, dass die Altersgrenze für die Gewährung von Sozialleistungen von 65 auf 60 Jahre gesenkt wird. Es handelt sich um die Altersgrenze für die Gewährung von Sozialleistungen, die den Rentnern für den Lebensabend zufließen.

Dollar — IL 6.69

Bankaktien

Die Lage der Wirtschaft

Die wirtschaftliche Lage ist weiterhin angespannt. Die Inflation bleibt hoch, und die Regierung muss verschiedene Massnahmen ergreifen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Die Arbeitslosigkeit ist weiterhin ein Problem, und die Regierung versucht, durch verschiedene Programme die Beschäftigung zu erhöhen.

Oberrabbiner Rosen im Lande

Der Oberrabbiner von Rumänien, Mosche Rosen, ist zu einem zweitägigen Besuch in Israel gekommen. Er wird von verschiedenen religiösen Führern empfangen werden. Rosen wird seine Erfahrungen in Rumänien teilen und die Beziehung zwischen den jüdischen Gemeinschaften in Rumänien und Israel stärken.

Heute Streik der Kaufleute

Auf Veranlassung des Kaufmannsverbandes sind heute die Einzelhandelsgeschäfte aus Protest gegen die geplante Mehrwertsteuer geschlossen. Die Kaufleute fordern eine Senkung der Mehrwertsteuer, um die Wettbewerbsfähigkeit der israelischen Wirtschaft zu stärken.

24.6.1975

Dienstag, 24. 6. 1975

Dienstag, 24. 6. 1975

ISRAEL NACHRICHTEN

ישראל היום

Auf dem »Friedensschauplatz« im Golan

Von ERICH GOITTEIRU

Das schmale Territorium UNDOF-Land, das von der fängsten UN-Unterorganisation verwaltet wird, ist ein Schauplatz der diplomatischen und militärischen Aktivitäten auf der Golan-Höhe, hat einen Oesterreicher zum Stabs- und »Staatschef«: den 45 Jahre alten Oberst Hans Philipp aus Baden bei Wien. Daria liegt eine gewisse Logik: die Oesterreicher haben für die 1198-Mann-Armee, die die »verunreinigten« d.h. zahlenmäßig reduzierten israelischen und syrischen Truppen und Stellungen von einander trennen, auch die größte Kontingent gestellt: 518 Mann. Dann kommen die spanisch sprechenden Peruaner mit 348 Mann, darauf 152 Kanadier, 85 Polen und 95 Mann verschiedener Nationalität, aber fast durchweg der gleichen Beschäftigung als »Militärische Beobachter« und mögliche Konfliktlichter der UN.

Oberst Philipp empfängt uns im Lager der Peruaner, das nach dem südamerikanischen Befreier von der spanischen Kolonialherrschaft »Camp Bolivar« heisst — eine postume patriotische Ehre, die auch israelische Bekanntheit hat: Simon Bolivar, Name für schon am Eingangs des Lagers aus verfabrierten, leuchtend weiss gestrichenen Baracken mit grossen Buchstaben aufgemalt. Ebenso verleiht den Geschichtsbild der Peruaner ein gewaltiges Schwarz-Weiss-Plakat in der Offiziersmesse: es zeigt das Portrait des peruanischen Freiheitskämpfers Tupac Camuro, der sich so nach dem letzten der Inka-Könige genannt hat; Tupac Camuro war Bolivar Vorgänger-Rebell im Kampf gegen die spanischen »Resten«.

Die beiden Mini-Armee im UNDOF-Mini-Zwischenreich (von etwa 60 km Länge und einem halben bis zehn Kilometern Breite) auf dem Golan haben auf historische Namensge-

der die Existenz seiner Trennungsgrenze UNDOF — United Nations Disengagement Observer Force — zunächst einmal auf weitere sechs Monate gesichert sei — durch die beinahe in letzter Minute gegebene Zustimmung der syrischen Regierung und durch die vorläufige prinzipielle Erklärung der Israelis, die sich für die automatische Prolongierung des Friedens-Wechsels eingesetzt hatten. Als treuer UN-Helfer und im Hinblick auf die von ihm erwartete Neutralität lebte es jedoch Oberst Philipp ab, die Motive des südpalästinensischen Zigeuners und der syrischen Zustimmung Präsident Assad zu analysieren. Kommentatoren des Ausserministeriums in Jerusalem brachten diese Zurückhaltung nicht an den Tag zu legen; dort glaubt man, dass nicht zuletzt die in der Buphrat-Frage entstandene Spannung zwischen dem Bash-Regime in Damaskus und der Regierung in Bagdad die Syrer veranlasst hat, den Konflikt mit Israel für einige Zeit stillzulegen und stattdessen Truppen an der irakischen Grenze zu konzentrieren; dass auch Ägypten Weigerung, Syrien unter allen Kriegsumständen Waffenhilfe gegen Israel zu gewähren, ihren Eindruck nicht verfehlt hat; dass König Husseins neues Partnerschaftsversprechen nicht unbedingt in Damaskus als eine Garantie von Eisen bewertet wird; dass schließlich die Russen Präsident Assad versprochen haben dürften, ihm die von den israelischen Truppen besetzte Golan-Höhe mit »Mitteln der Diplomatie« zurückzugeben, nachdem die Neuzusicherung des »Grossen Wahlheaters« in Salzburg verfehlt haben dürfte. »Jedermann« glücklich zu machen.

Oberst Philipp, UNDOF-

Hundert Beduinen schützten im UNDOF-Land niedergelassen haben, blüht auch schon in der syrisch-besetzten Golan-Zone im Osten und in der israelisch gehaltenen Golanzone im Westen neues Leben aus den Kriegsrüinen. Und während Präsident Assad die Rückkehr der arabischen Kriegsflüchtlinge nach Ost-Golan fördert, setzen die Israelis optimistisch ihr Entwicklungsprogramm für die seit 1967



Finnischer UN-Soldat — Wächter für den Frieden

Jordan-Fluss in Zentral-Palästina und auf die Golanhöhen im Nordosten vorgedrückt — bis nach dem Yom Kippur-Krieg an der israel-ägyptischen und israel-syrischen Front das No-vo-vo der Disengagement Forces in eine in Genf ausgearbeitete Friedens-Zwischenregelung eingebaut wurde, die freilich vorläufig noch zerbrechlich ist wie eine Kissinger-Oblate.

Wie seinem Kollegen im Sinai obliegt es auch dem österreichischen UNDOF-Stabschef, die vom UN-Sicherheitsrat angeordneten und in Genf detaillierter ausgearbeiteten Limitierungen der auf beiden Seiten stationierten Truppen und Waffen zu überwachen, von den Unter-Quartieren in Tiberias und Damaskus aus die Entsendung der Waffenruhebeobachter zu organisieren, den möglichen Beschwerden der einen Partei gegen die andere nachzugehen, nicht zuletzt auch die — Minusleistung in UNDOF-Land voranzutreiben. Man sagt uns, dass die »Entminung« in diesem Streifen Niemandsland — oder eigentlich Jedermannsland — schon so weit fortgeschritten ist, dass sich nicht nur die hier stationierte österreichisch-peruanisch-kanadisch-polnische Mini-Armee in ihrem Zwischenreich frei und ungehindert bewegen kann, sondern auch schon ein paar hundert Beduinen zum eingeladen hat, hier von neuem ihre schwarzen Zelte aufzuschlagen. Oberst Philipp versichert uns: »Die Beziehungen zwischen unseren Leuten und diesen Heimkehrern sind ausgezeichnet.« Allgemeiner noch berichtet UN-Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim in seinem Memorandum an den UN-Sicherheitsrat vom 28. Mai: »Wenn auch die Lage auf den Golanhöhen mangels eines effektiven permanenten Friedensschlusses noch potentiell gefährlich ist, so muss man doch feststellen, dass sich im letzten halben Jahr beide Seiten an das syrisch-israelische Truppenentziehungsabkommen gehalten haben und dass die Waffenruhe nicht durch grössere Zwischenfälle gefährdet wurde.«

Niemand kann die nächsten Entwicklungen voraussagen. Zur gleichen Zeit, in der sich einige

im West-Golan eingeleitete landwirtschaftliche und urbane Besiedlung der Hochebene östlich des Jordanflusses und des Tiberias-Sees fort — in einem Gebiet, das zwar in unserer Zeit wiederholt zum Schlachtfeld wurde, in alten Zeiten jedoch eine der grossen Kornkammern an der Schicksalsstrasse von Afrika nach Kleinasien gewesen ist und es sicher wieder werden könnte.

Jüdische Siedlungen hat es auf der mit vulkanischen Hügeln bedeckten Golan-Hochebene zwischen dem schneebedeckten Hermon-Gebirge im Norden und der Schlucht des oasengrünen Yarmuk-Tales im Süden auf jeden Fall von der Zeit Herodes des Grossen an auf mindestens sechs Jahrhunderte gegeben. Reste von Synagogen, hebräischen Inschriften und zahllose andere archaische Funde haben dafür Zeugnisse erbracht. Dann gab es nochmals mehrere jüdische Ansiedlungsversuche in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: mangels finanzieller Mittel und geeigneter, physikalisch widerstandsfähiger Pioniere waren diese Versuche jedoch gescheitert. Der neue israelische Siedlungsversuch auf dem Golan, der diesmal keiner der »Golah«, des Exils, sein soll, wäre also der dritte. Wie im Nord-Sinai, im Gaza-Streifen, in Judäa und in Samaria ist es offensichtlich auch hier die Konzeption und Hoffnung der Planer der Politik des jüdischen Staates, dies es ermöglicht, Israelis auch ausserhalb Alt-Israels anzusiedeln — nicht als Eroberer und »Kolonisatoren« im traditionellen Wortsin, sondern als Kameraden, Pioniere und Mitarbeiter am grossen Ziel der Vereinigung und Befreiung des Staates der Minderen Ostens. Sie geben die Hoffnung nicht auf.

neues AUS DER WIEDERGUTMACHUNG

Nachentrichtung von Beiträgen zur deutschen Rentenversicherung (m)

BESCHRÄNKUNG UND ERWEITERUNG DER RECHTE

Im ersten Aufsatz dieser Serie (veröffentlicht in der Ausgabe dieser Zeitung vom 16.6.75) wurde ausgeführt, dass das neue Recht, Beiträge zur deutschen Sozialversicherung nachzuentsrichten, nunmehr auch denjenigen Verfolgten eingeräumt worden ist, die einen Ausbildungsschaden erhalten hatten und die eine Versicherungszeit von mindestens 60 Kalendermonaten (die sogenannte Vorversicherungszeit) zurückgelegt haben. Wir hatten dabei gesehen, dass das Gegenseitigkeitsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, das die in der Ausbildung geschädigten Verfolgten die erwünschte »Vorversicherung« von 60 Kalendermonaten herbeiführen.

Ausser denen aber, die einen Ausbildungsschaden erhalten haben, steht das neue Nachentrichtungsrecht auch denjenigen zu, bei denen »die Verfolgungsmassnahmen« innerhalb von 12 Monaten nach Beendigung der Ausbildung begonnen haben. (Auch diese Personen müssen eine Vorversicherung von 60 Kalendermonaten aufweisen.) Hierbei wird es sich um Personen handeln, die ihre schulische oder berufliche Ausbildung kurz vor Beginn der Verfolgungsmassnahmen (also beispielsweise im Jahre 1932) beendet hatten, dann aber alsbald nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten auswandern mussten. Hierunter können aber auch Verfolgte fallen, die einen sogenannten »unechten Berufsschaden« erhalten haben (§ 114 des Bundesentschädigungsgesetzes). Das sind diejenigen, die trotz abgeschlossener Berufsausbildung keine Erwerbstätigkeit mehr aufnehmen konnten, die ihrer Ausbildung entsprechen hätte. Auch solche Verfolgte fallen in den Rahmen der neuen Vorschrift, wenn sie innerhalb von 12 Monaten nach der abgeschlossenen Berufsausbildung verfolgungsbedingt auswandern mussten. Alle diejenigen also, die einen derartigen Berufsschaden erhalten haben, sollten prüfen, ob sie auf Grund der neuen Gesetzesvorschrift berechtigt sind, Nachentrichtungsbeiträge zu zahlen.

Die Voraussetzungen für das Nachentrichtungsrecht in der Person des Verstorbenen erfüllt gewesen sein. Das heisst, dieser muss eine Entschädigung wegen Schadens in der Ausbildung erhalten haben und eine 60-monatige Versicherungszeit zurückgelegt haben. Am Fehlen dieser Vorversicherung aber wird in aller Regel das Recht der Hinterbliebenen durchzuführen. Wir hatten im vorhergehenden Aufsatz ausgeführt, dass sich die »Vorversicherung« auf Grund des deut-

schon Rentenreformgesetzes durch Einzahlung von mindestens 60 Monaten für bestimmte Zeiten nachweisen lässt. Dieses im Rentenreformgesetz verankerte Recht steht aber nicht den Hinterbliebenen zu, es ist vielmehr ein persönliches Recht. Wenn aber die Vorversicherung von 60 Monaten nicht vorhanden ist u. nicht herbeiführen werden kann, so nützt es den Hinterbliebenen nicht viel, dass der verstorbene Verfolgte einen Ausbildungsschaden erhalten hatte. In der Praxis werden daher die Hinterbliebenen von verstorbenen Verfolgten, welche in Israel gelebt haben, eine Nachentrichtung auf Grund der neuen Vorschriften nur in ganz seltenen Ausnahmefällen durchführen können.

DER UMFANG DES NEUEN RECHTS

Wir wollen jetzt prüfen, welchen Umfang und welchen Charakter das neue Nachentrichtungsrecht hat. Vorweg soll gesagt werden, dass dieses neue Recht weniger wirksam und bedeutungsvoll ist als das Recht, das durch das Verfolgten-gesetz in der Fassung des Jahres 1970 für diejenigen geschaffen worden war, die ihre Beitragszahlung zur Sozialversicherung wegen der Verfolgung abbrechen mussten. Der Unterschied liegt im Folgenden:

Wer jetzt in Israel als Ausbildungs-Geschädigter zur Nachentrichtung berechtigt ist, kann nach dem neuen Paragraphen 10a für die Zeit vom 1. Januar 1933 an (oder von der Vollendung des 16. Lebensjahres an) bis zum 8. Mai 1945 nachentrichten. Wer dagegen seine versicherungspflichtige Beschäftigung als Verfolgter abbrechen musste und bereits nach dem § 10 des Verfolgten-gesetzes von 1970 nachentrichten durfte, konnte Beiträge bis zum 31. Januar 1971 einzahlen. Das neue Nachentrichtungsrecht hat also im Vergleich zum bestehenden Recht einen zeitlich begrenzten Umfang.

Noch bedeutungsvoller aber ist der folgende Unterschied:

Die Beiträge, die auf Grund der neuen Vorschriften von den Ausbildungs-Geschädigten nachentrichtet werden dürfen, sind lediglich freiwillige Beiträge. Wer dagegen nachentrichten durfte, weil seine versicherungspflichtige Beschäftigung abgebrochen wurde, dessen Beiträge galten unter bestimmten Umständen als Pflichtbeiträge. Freiwillige Beiträge aber haben versicherungsrechtlich in vieler Hinsicht eine geringere Bedeutung als Pflichtbeiträge. So wird z.B. eine »pauschale Ausfallzeit« nur angerechnet, wenn Pflichtbeiträge gezahlt sind. Die Ausbildungs-Geschädigten werden also, da ihre Nachentrichtung den Charakter freiwilliger Beiträge hat, keine pauschale Ausfallzeit erhalten. Sie können also die Zahl der Versicherungszeit nicht um die Ausfallzeit-Pauschale erhöhen. Dies gilt — wohl gemerkt — nur für die Ausfallzeit-Pauschale. Die wirklichen Ausfallzeiten (z.B. für Schulzeiten nach dem 16. Lebensjahr oder Hochschulzeiten) werden wir erst in einem späteren Aufsatz behandeln können.

Noch einschneidender aber ist, dass freiwillige gemäss § 10a nachentrichtete Beiträge nicht als »Ersatzzeiten« zur Anrechnung zu bringen. Dies ist jedenfalls die Auffassung der mit der Durchführung des neuen Gesetzes betrauten Versicherungsanstalten. Diese stützen sich hierbei auf ein Urteil des Bundessozialgerichtes vom 25. Mai 1973. Das Oberste deutsche So-

zialgericht hat in diesem Urteil entschieden, dass eine Ersatzzeit nicht dadurch anrechenbar wird, dass später freiwillige Beiträge für Zeiträume vor dem Beginn der Ersatzzeit nachentrichtet werden. Dieses Urteil ist zwar in der Nachentrichtungssache eines Vertriebenen, der aus Königsberg vertrieben worden ist, ergangen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass das Bundessozialgericht anders entscheiden würde, wenn die Nachentrichtungssache eines Verfolgten zu seiner Entscheidung gebracht würde.

DIE »ERSATZZEIT«

Um dies richtig zu verstehen, sei der Begriff der »Ersatzzeit« noch einmal kurz erläutert. Die deutschen Versicherungsgesetze gehen davon aus, dass Verfolgte, die z.B. auswandern mussten, durch die Auswanderung an der Weiterzahlung von Beiträgen zur Sozialversicherung gehindert worden sind. Um diesen Schaden wieder wettzumachen, werden solchen Verfolgten Ersatzzeiten und zwar längstens bis zum 31.12. 1949 zuerkannt. Solche Ersatzzeiten sind ein Beitragsersatz, d.h. sie stehen im wesentlichen den Beitragszeiten gleich. Wer also z.B. im Monat Januar 1935 auswandern musste und vorher ein Jahr lang Beiträge entrichtet hätte, hat nicht etwa bloss ein Versicherungs-jahr zurückgelegt, sondern wegen der Anerkennung der Ersatzzeit bis Ende 1949 — 16 Versicherungsjahre. Er steht also bei der Rentenberechnung sehr viel besser da.

Die Voraussetzung für die Anerkennung von Ersatzzeiten aber ist, dass eine Versicherung vorher bestanden hat. Wenn nun die nachentrichteten Beiträge den Charakter von Pflichtbeiträgen haben und für Zeiten vor Beginn der Ersatzzeit nachträglich gezahlt werden, so werden solche Pflichtbeiträge als rechtzeitig eingezahlt angesehen. Es wird daher, mit anderen Worten, fingiert, dass die Versicherung schon vor Beginn der Ersatzzeiten bestanden habe. Solche Pflichtbeiträge bringen also Ersatzzeiten zur Anrechnung. Dagegen haben nachträglich gezahlte freiwillige Beiträge keine solche Wirkung. Das ist die Konsequenz des erwähnten Bundessozialgerichtsurteils, auf das sich die Versicherungsanstalten berufen. Wer also z.B. den Schulbesuch aus Verfolgungsgründen abbrechen musste und danach im Januar 1935 auswandern konnte, kann nicht damit rechnen, dass ihm die auf die Auswanderung folgende Zeit bis Ende 1949 (15 Jahre) zur Anrechnung gebracht wird, auch wenn er jetzt auf Grund der neuen Vorschrift des § 10a einen oder mehrere Beiträge für die Zeit vor dem 1. Januar 1935 nachentrichtet. Denn seine nachträglich gezahlten Beiträge sind nur freiwillige Beiträge. Er wird also die gesetzlich eingeräumte Nachentrichtungszeit bis zum 8.5. 1945 soweit als möglich mit nachentrichteten Beiträgen ausfüllen müssen. Es liegt auf der Hand, dass dies eine nicht unerhebliche finanzielle Aufwendung erfordert. Das Nachentrichtungsrecht, das durch die neue Gesetzesergänzung geschaffen worden ist, ist also »teurer« als das frühere durch das Gesetz von 1970 geschaffene Recht. Es ist allerdings immer noch günstiger und wirtschaftlicher als eine Nachentrichtung auf Grund des Rentenreformgesetzes wäre. Beispiele hierzu werden wir im nächsten Aufsatz bringen.

Renewen Direktor
Efraim Frank

Tandu !!!

Der Treffpunkt an dem Sie Alles finden:
KAFFEE, ESSEN und FREUNDLICHKEIT

CAFE TANDU

DEN GANZEN TAG GÖFFNET

DIZENGOF 193 • TEL-AVIV • Tel. 23 33 86

Die Buchhandlung und Leihbibliothek

Dr. LICHTENSTEIN

ist in der Nachbarn, Scheinkstr. 14, Tel Aviv

Spezialbestellungen von Büchern und Zeitschriften aus dem Ausland.

חדשות ישראל

ECHO DES JAGES

דרישות סוריה במקרה

מן ראש הממשלה ושר החוץ הסורי, עבד אל-חלים חאדם, חזר מביקורו בלוד. חאדם פליט. לא שהאמריקאים דחו את הדרישות הסוריות לפינוי הגולן. הם רק קבעו שאין לקשור בין הסכם המצור ישראלי הפתח לקום לבין הסכם מדיני-ישראלי. חאדם חושש, כי תביעות יידחו לזמן בלתי-קובל או לכל הפחות לזמן ארוך לאחר שיושב הסכם בין ישראל וסוריה. קיסניגר אכן השיב הצעות מסוימות שיש את הדרישות הסוריות במקרה. הוא הסכים אמנם יסכימו למסור כוח: חור, כבר קודם לשיחות דאסקינגר היינו דנים לתחבורה בין סוריה לבין ירדן. חזית מודיעת זו מכונה אמנם בראש ראשונה בג' ישראל, אך יש בה גם הבדל מסוים על חשבון הפעולה הסורית. לפי חאדם יש מספר בודד התחבורה הסורית-ירדנית: ארנטי המהלים. אלא מכאן שיש חוששים כי יאבדו את ההזדמנות הסורית. אגב התקרבות זו יתכן שמכשול זה ייעלם. שמועה מסוימת כבר מדברת על חידוש פעולה - אך כי מבוגל - של המהלים בירדן. קיימת על כן הסכנה שנצמד ביים כן והימים בפני חזית מודיעת פעולה. חאדם זה אינו מודיר נבנה עבור הסכם ביניים חדש בין ישראל ובין סוריה.

DIE SYRISCHEN FORDERUNGEN AUF EIS GELEGT

Der syrische Vize-Premier u. Außenminister Abed el-Halim Hadam kehrte aus Washington reichlich verschumpft zurück. Nicht, dass die Amerikaner die syrischen Forderungen nach Rückgabe des Golans rundweg ablehnt hätten. Die Amerikaner haben die Syrer lediglich darauf hingewiesen, dass eine direkte Bindung zwischen dem inzwischen noch immer erst abzuschließenden neuen israelisch-ägyptischen Teilsabkommen und einem solchen zwischen Israel u. Syrien nicht in Frage kommt. Die Syrer befürchten nämlich, dass das auf der Tagesordnung stehende israelisch-ägyptische Abkommen sie für lange oder gar unbegrenzte Zeit in den Hintergrund der politischen Verhandlungen drängen wird. Um dies zu vermeiden versucht Hadam, in das künftige israelisch-ägyptische Abkommen auch die Verpflichtung für ein ähnliches Abkommen mit Syrien aufzunehmen.

Wir haben also bei den Besprechungen zwischen Kissinger und Hadam einen taktischen Erfolg errungen oder richtiger gesagt: es gelang den Amerikanern, auftauchende Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, indem sie die Syrer auf eine ungewisse Zukunft vertrösteten. Interessant ist dabei, dass Pressenarrativen zufolge Kissinger sich Hadam gegenüber auf die Schwierigkeiten berief, welche das noch abzuschließende israelisch-ägyptische Abkommen schon jetzt in Israel selbst hervorruft. Was auch immer die Begründung gewesen sein mag, Kissinger hat mit diesem taktischen Erfolg vor allem sich selbst gerettet.

Ob die Syrer damit bereits endgültig oder auch nur vorläufig aufs Eis gelegt wurden, ist allerdings fraglich. Schon vorher habe sich nämlich eine Annäherung zwischen Syrien u. Jordanien an. Diese Annäherung gilt nach aussen hin als eine Wiedereingliederung Jordaniens in die Ostfront gegen Israel, aber man darf nicht übersehen, dass diese neue Ostfront nicht nur gegen Israel gerichtet werden kann, sondern auch gegen ein neues Abkommen Ägyptens mit uns. Vorläufig sind dieser neuen syrisch-jordanischen Konfession allerdings Grenzen gesetzt - und zwar durch die Palästinenser, welche flüchtigen wieder fürchten, durch eine syrisch-jordanische Annäherung ihren Hauptstützpunkt, das heisst Syrien, zu verlieren. Allerdings: dass dieses Hindernis drauf und dran ist zu verschwinden, angeht es nicht nur die Syrer, sondern auch die israelischen. Angeht es nämlich, dass die Syrer eine beschleunigte Wiederaufnahme der Terroristenaktivität in seinem Staatsgebiet zugesagt haben. Wenn auch vorläufig die PLO nur berechtigt sein soll, in Amman ein Büro zu errichten und Terroraktivität von jordanischem

Sprengstoffexplosion in der Hayarkonstrasse in Tel Aviv

In der Hayarkon Str. in Tel Aviv explodierte gestern nachmittag unter einem Auto eine Sprengstoffladung. Der Wagen vom Typ „Volvo“ gehörte einer Stewardess der Fluggesellschaft TWA, Dorit Dankner. Der Wagen wurde durch die Explosion beschädigt. Die Eigentümerin erklärte, sie habe keine Feinde und könne sich nicht vorstellen, dass hier irgend ein Racheakt vorliegt. Daher muss angenommen werden, dass es sich um einen Terroranschlag handelt. Bereits in letzter Zeit haben Terroristen versucht Anschläge auch im Bezirk Tel Aviv zu verüben. Im Vorort Nachlat Schiva wurde unter einem Auto eine Sprengladung entdeckt, die entschärft werden konnte, ohne dass Schaden angerichtet wurde. Bei einer anderen Explosion wurde ein Auto schwer beschädigt. Die Sicherheitsbehörden sind der Auffassung, dass die Terroristen gerade in der Zeit der diplomatischen Aktivitäten versuchen wollen ihre Tätigkeit zu verstärken.

Der Militärkommandeur des Bezirks Tel Aviv und hohe Offiziere erschienen bald am Tatort und begannen mit Nachforschungen und die Polizei unternahm in der Umgebung Fahndungsaktionen und mehrere Verhaftungen erfolgten. In Or Jehuda bei Tel-Aviv wurden in der Nacht zu Montag Versuche unternommen vier Autos und einen Autobus in Brand zu stecken. Das Feuer konnte rasch unterdrückt werden. Es war unklar, ob es sich um die Tat von Rowdies, oder um Terroranschläge handelte. Die Sicherheitsbehörden erwarten Anstiege DER TERRORAKTE. Die Sicherheitsbehörden erwarten, dass im Zusammenhang mit den Sommerbesuchen von Arabern in den besetzten Gebieten die Zahl der Terrorakte ansteigen wird. An den Brücken findet zwar eine strenge Kontrolle der Besucher statt, aber dennoch ist es zum Beispiel dem Studenten in Beilhelem, der ums Leben kam, anscheinend gelungen, Sprengmaterial über die Grenzlinie nach Israel zu bringen. Möglicherweise haben auch andere Besucher Versuche unternommen, Sprengmaterial und Detonatoren einzuschmuggeln. Mit besonderer Aufmerksamkeit werden den Studenten beobachtet, die auf Universitäten in den arabischen Ländern studieren. Inzwischen wurde nämlich bekannt, dass die Studenten dort genötigt wurden, sich den Terrororganisationen anzuschließen. Bemerkenswert ist, dass in der Zone von Gaza in der letzten Zeit absolute Ruhe herrschte und dass es gelungen ist, dort alle Terroristenester zu liquidieren. Alle Terroranschläge haben sich auf das Westufergebiet konzentriert, wobei weit mehr arabische Sommerbesucher kommen. Soldaten wurden von den Sicherheitsbehörden zu besonderen Vorsichtsmaßnahmen aufgefordert, ihnen wurde u.a. erneut verboten, in Autos zu fahren, die Einwohnern der besetzten Gebiete gehören.

Währungsunsicherheit fördert Schwankungen an der Börse

Die Unsicherheit über die Möglichkeiten einer weiteren Abwertung wirkte sich gestern weiterhin durch Schwankungen in der Börse aus. Erwerber von Nasd-Dollars wollten ihre Gewinne realisieren, und durch ziemlich umfangreiche Verkäufe ging der Nasd-Kurs um 12 Punkte auf IL 6,57 zurück. Starke Verkäufe waren auch auf dem Aktienmarkt zu beobachten, die jedoch nur geringe Kursveränderungen herbeiführten.

Dollargebundene Papiere gingen um ein Prozent in die Höhe. Der Umsatz an sämtlichen Sorten von Anleihen belief sich auf IL 17 Mio.

Die Währungsunsicherheit führt auch dazu, dass Autokäufer ihre Entschlüsse schneller fällen, weil sie fürchten, dass bei einer künftigen weiteren Abwertung der Preise für Autos um IL 500 bis IL 2.000 in die Höhe gehen können. Hinzu kommt noch, dass viele grosse Autogeschäfte ihre Preise um 10 Prozent gesteigert haben, was sich bei den September-Lieferungen bemerkbar machen wird.

Teuerungszulage soll nur mit 70% bemessen werden

Der Ausschuss unter Leitung des Vorsitzenden der Forschungsabteilung der Bank Israel, Dr. Zvi Sosenman, der sich mit der Überprüfung der Teuerungszulage befasst, wird voraussichtlich am Donnerstag seinen Bericht erstatten.

Alles wird getan, um ein Dokument vorzulegen, das von den Mitgliedern der Kommission einstimmig gebilligt wird. Der Ausschuss wird eine ganze Reihe von Empfehlungen in der Berechnung der Teuerungszulage empfehlen. Vor allem wird er vorschlagen, dass die Teuerungszulage nicht im vollen Umfang laut Steigerung des Index bezahlt werden soll, sondern dass nur 70% zur Auszahlung kommen sollen.

Während in dieser Beziehung der Ausschuss „gegen Arbeitsinteressen“ auftreten wird, wird er anscheinend empfehlen, Teuerungszulagen nicht nur einmal oder zweimal im Jahre festzulegen, sondern zu kürzeren Abschnitten überzugehen, um auf diese Weise die Arbeiter für die Teuerung schneller zu entschädigen.

Unstritten ist die Höchstgrenze für die Berechnung der Teuerungszulage, die bisher bei IL 1000 liegt. Der Herdrut-Gesamtssekretär Meschel, hat anlässlich der Steuerreform verlangt, dass diese Höchstgrenze auf IL 3.000 bis IL 4.000 heraufgesetzt wird.

Erweiterung der Charterflüge

möglich

Im Anschluss an die Debatte in der Regierung erscheint eine Erweiterung der Charter-Flüge durchaus möglich, obwohl Verkehrsminister Jakobski sich weiter gegen vermehrte Charter-Flüge ausgesprochen hatte. Touristikminister Kol hatte die von seinem Ministerium bestellte Denkschrift (Arbeit einer amerikanischen Beratungsfirma) verteidigt, während Jakobski sich auf eine „Gedenkschrift“ der Beamten seines Ministeriums berief. Inzwischen hat eine Gruppe von Professoren beide Dokumente als „unernst“ und „unzutreffend“ bezeichnet.

Die Regierung übertrug dem Ausschuss der Wirtschaftsinstitute die Vollmacht in der Frage der Charter-Flüge zu entscheiden. Nach den Plänen des Touristikministeriums sollen für folgende Fälle Charter-Flüge zugelassen werden: für Jugendliche und Studenten, für Teilnehmer internationaler Kongresse in Is-

rael, für Teilnehmer von Gruppen, die von ihren Betrieben als Anerkennung ihrer Leistungen ins Ausland geschickt werden (sogen. Förderungsflüge). Ferner sollen Charter-Flüge aus den Ländern gestattet werden, milden Israel keinen geregelten Flugverkehr hat. Weiter sollen aus Los Angeles, Chicago und Atlanta alle Gruppen von Touristen in Charter-Flügen nach Israel kommen können. Die bisherigen Charter-Flüge aus Skandinavien und für Pilger aus Europa im Rahmen des Heiligen Jahres sollen fortgesetzt werden. Schließlich werden Charter-Flüge bei Landung in Jerusalem und Eilat ohne Begrenzung empfohlen.

Verkehrsminister Gad Jakobski steht nach wie vor allen diesen

aus dem Lande

Die Beamten der Bank Leumi nahmen auf Grund eines Appells des Arbeitsgerichts ihre reguläre Arbeit wieder auf. Die Filialen der Bank sind sämtlich am Nachmittag geöffnet. Die Direktion hat sich bereit erklärt, mit den Angestellten derjenigen Filialen zu verhandeln, in denen störende Renovierungsarbeiten durchgeführt wurden und an sie Sonderzahlungen zu leisten. Auch andere Ansprüche sollen in Verhandlungen erledigt werden.

Der Tel-Aviver Amtsrichter entliess Jizchak Zweigenbaum (bekannt unter dem Spitznamen „der grosse Fisch“) gegen 50.000 IL Kaution aus der Untersuchungshaft. Zweigenbaum

war unter dem Verdacht illegalen Devisenhandels festgenommen worden. In seinem Beschluss erklärte der Richter, Zweigenbaum sei der Polizei bekannt und könne ausserhalb der Haft unter Kontrolle gehalten werden. Händler in der Lilienblum-Strasse, bei denen die Möglichkeit besteht, dass sie ihren Kunden gefälschte Noten verkaufen, werden gegen Bürgerschaft freigelassen. Bei Zweigenbaum, dessen Handel „unehrlich“ ordnungsgemäss in einer Wohnung vor sich ging, besteht daher keine Veranlassung, ihn dauernd in Untersuchungshaft zu halten, und der Richter ordnete die Freilassung an.

המבט

VERKEHRSMINISTERIUM REGELUNGEN INFOLGE DER SANKTIONEN IM VERKEHRSMINISTERIUM

Die Leitung des Verkehrsministeriums bedauert die Unannehmlichkeiten, die dem Publikum infolge der Lahmlegung verschiedener Dienstleistungen des Ministeriums, durch die von den Arbeitnehmern eingelegten Sanktionen erwachsen. Um diese Einschränkungen soweit wie möglich zu begrenzen, verfügte die Leitung des Ministeriums folgende Massnahmen:

1. Die Führerscheine, deren Gültigkeit in diesen Tagen abläuft, werden automatisch bis zum 31.8.1975 (oder einem früheren Termin entsprechend einer weiteren Mitteilung in dieser Angelegenheit) verlängert.
2. Die Zulassungsscheine für Fahrzeuge werden (wie unter Nr. 1 angeführt) automatisch bis zum 31.8.1975 verlängert.
3. Führerscheine und Zulassungsscheine für Fahrzeuge, für deren Erneuerung eine zusätzliche Erlaubnis oder Bestätigung erforderlich ist (Beförderungserlaubnis, ärztliches Zeugnis oder dergleichen), werden von der Beibringung dieser Unterlagen für die Dauer der angegebenen Periode befreit.
4. Besitzer einer persönlichen ärztlichen Freistellung von der Anlegung des Sicherheitsgurtes benötigen keine schriftliche Freistellung von der Zulassungsbehörde, jedoch nur unter der Bedingung, dass sich in ihren Händen eine schriftliche Bestätigung in Form einer Empfehlung des Arztes zur Freistellung vom Anlegen des Sicherheitsgurtes befindet. Zahlungen und Taxen und auch Fahrzeugüberprüfungen müssen gleich nach Ablauf der Freistellungsperiode oder der Aufhebung der Freistellungsmitteilung vor dem 31.8.1975 durchgeführt werden.

Pensionären-Heim, KFAR SABA

ELTERN UND PENSIONÄRE kommen Sie zu uns, zum WOHNEN - URLAUB - und zur ERHOLUNG in ruhiger, angenehmer Umgebung mitten in der Natur. In Häusern, die eine herzliche Sympathie von Luxushotel und Pensionärenheim darstellen.

- * Künstliche Verpflegung für Felschmecker, unter Aufsicht des Ortsrabbinats.
- * Diätetische Mahlzeiten.
- * Aerztliche Aufsicht 24 Stunden lang.

HAMAVRI Ltd., Kfar Saba, Rupestr. 15, Tel.: 052-36131-4, 052-31785.

TENDENZ AM GESTRIGEN BOERSENMARKT

übermittelt durch die Wertpapierabteilung der Japhet Bank Ohne Obligo

ex rights K = Nur Käufer
ex coup. div. V = Nur Verkäufer

Dollar Bonds: festster
Index Bonds: festster
Aktien: festster

ISRAEL NACHRICHTEN

TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE - Nr. 451 -

Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32675
Tel-Aviv, Harakevet Str. 52
Redaktion: Tel. 30014